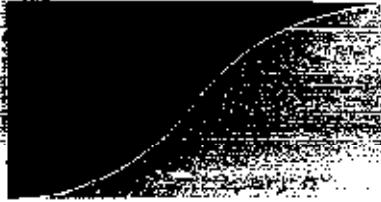


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 66 846-48 ppbn 4



Inhalt

Professor Friedrich Halstenberg, Schatzmeister der SPD, nennt sein Programm zur Konsolidierung der SPD-Finanzen.

Seite 1/2

Heinz Meazel MdB, spricht sich gegen die Einrichtung von Sprecherausschüssen für Leitende Angestellte aus.

Seite 3/4

Dr. Liesel Hartenstein MdB, Mitglied der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion, begrüßt die verstärkte Verwendung von Recycling-Papier bei der SPD.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 223

20. November 1978

Finanzprobleme aus eigener Kraft lösen

SPD will Finanzbedarf auch weiterhin vor allem aus Beiträgen decken

Von Professor Friedrich Halstenberg
Schatzmeister der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die großen Parteien in der Bundesrepublik haben eines gemeinsam: Es fehlt ihnen an Geld. Hier wirkt ein strukturelles Mißverhältnis zwischen den Ausgaben, die an die allgemeine Preis- und Kostenentwicklung gekoppelt sind, und den Einnahmen, die in keiner Weise Schritt halten. Die Folge ist eine zunehmende Verschuldung in einer Größenordnung, die alle vier Schatzmeister veranlaßt hat, - jeden auf seine Weise - Alarm zu schlagen.

Mit ihrer Verschuldung von etwas über 30 DM pro Mitglied steht die SPD im Vergleich mit anderen Parteien noch relativ gut da. Ihr Finanzbedarf wird traditionell vor allem aus dem Beitragsaufkommen gedeckt. Dadurch ist sie im Unterschied zu anderen Parteien zum Beispiel vom jeweiligen Spendenklima weitgehend unabhängig.

Aber: Auch die SPD kommt nicht daran vorbei, ihre Finanzen in Ordnung zu halten; sonst würden auch ihre Schulden sehr

bald bedenkliche Höhen erreichen.

Sie ist zugleich entschlossen, die notwendige Konsolidierung aus eigener Kraft zu schaffen, weil es nicht realistisch wäre, etwa öffentliche Hilfen zu erwarten, solange nicht die eigenen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Das heißt konkret: Es muß und wird noch mehr als bisher gespart werden; auch die Wahlkämpfe müssen künftig weniger aufwendig sein.

Wir glauben, durch Sparsamkeit die Hälfte des Sanierungsbedarfs der SPD einbringen zu können, ohne daß dadurch die politische Aktionsfähigkeit der Partei Einbußen erleidet. Die andere Hälfte muß durch Einnahmeverbesserungen aufgebracht werden.

Deshalb wird die SPD zunächst ihre Spitzendeniener bitten, durch einen namhaften Spendenbeitrag beim Schuldenabbau mitzuhelfen. Daneben sind alle Mitglieder, die noch nicht einen Beitrag nach der Satzung leisten, aufgefordert, ihren Mitgliedsbeitrag um wenigstens eine Stufe anzuheben. Und schließlich werden durch eine Satzungsänderung ab 1. Januar 1979 der Mindestbeitrag auf fünf DM und der Beitragswert für Mitglieder ohne Einnahmen auf drei DM festgelegt, die Beträge also, die zum Beispiel die CDU schon seit 1976 von ihren nicht oder kaum verdienenden Mitgliedern verlangt.

Eine Partei, die ihr Finanzproblem aus eigener Kraft löst, verdient das Vertrauen des steuerzahlenden Bürgers. Darauf setzt die SPD. (-/20.11.1978/ks/hgs)

+

+

+

Auf der Suche nach dem kleinen Unterschied

Durch Auseinanderdiffidieren soll die Vertretung der Arbeitnehmer geschwächt werden

Von Heinz Menzel MdB

Manches hat sich aus der früheren Standesgesellschaft beziehungsweise aus der Zeit des Frühkapitalismus bis in unsere Zeit hinein erhalten, obwohl es den tatsächlichen Verhältnissen nicht mehr entspricht. So zum Beispiel die Unterscheidung der Arbeitnehmer nach Arbeitern und Angestellten.

Jeder, der die Verhältnisse in den Betrieben kennt oder sich mit dieser Frage auseinandersetzt weiß, daß die Unterscheidung durch die Verhältnisse längst überholt ist und nicht mehr den betrieblichen Gegebenheiten entspricht.

Die betriebliche und tarifliche Praxis ist in vielen Fällen bereits darüber hinweggegangen. Der Beweis dafür sind einheitliche Tarifverträge für alle Arbeitnehmer, die nicht mehr nach Angestellten und Arbeitern unterscheiden.

Das hat nichts mit "Gleichmacherei" zu tun. Niemand wird bestreiten, daß es sich bei der Vielzahl der Angestellten um qualifizierte, zum Teil um hochqualifizierte Arbeitnehmer handelt. Hochqualifizierte Arbeitnehmer finden wir aber auch unter den Arbeitern, zum Beispiel die Facharbeiter. Entscheidend für die tarifliche Eingruppierung ist aber nicht mehr die Zugehörigkeit zu einer der beiden Arbeitnehmergruppen, sondern allein die Art der beruflichen Tätigkeitsmerkmale.

Daß sich diese Erkenntnis auch bei den Arbeitnehmern immer mehr durchsetzt und sie daraus auch Konsequenzen ziehen, zeigt die Tatsache, daß die auf Standesdenken beruhenden Organisationen immer mehr an Boden verlieren. Da die Spaltung der Arbeitnehmer in Arbeiter und Angestellte in alter Form nicht mehr gelingt, versuchen konservative Kräfte, die Spaltung über eine neue Gruppierung zu erreichen.

Das trojanische Pferd, über das das Ziel der Schwächung der Arbeitnehmer erreicht werden soll, heißt "Leitender Angestellter" beziehungsweise "Sprecherausschuß für leitende Angestellte".

Es soll der Eindruck erweckt werden, als gäbe es in den Betrieben eine schutzbefürftige Gruppe von Arbeitnehmern, die nicht durch den Betriebsrat vertreten

werden können. Sicher ist es richtig, daß in den Betrieben Beschäftigte danach unterschieden werden können, ob bei ihrer Tätigkeit Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberfunktionen überwiegen. Bei denjenigen, bei denen auf Grund ihrer Stellung die Arbeitgeberfunktionen vorherrschen, wird man eine Schutzbedürftigkeit nicht behaupten wollen. Gegen wen soliten sie des Schutzes bedürfen?

Diejenigen, bei denen dies nicht der Fall ist, werden durch den Betriebsrat vertreten. Es ist sicher zuzugestehen, daß mancher der sogenannten "Leitenden Angestellten" seine persönliche Situation falsch einschätzt, Arbeitgeberfunktionen wahrzunehmen meint, aber gegenüber der Unternehmensleitung ein Schutzbedürfnis verspürt. Ihm kann nur geraten werden, seine persönliche Stellung im Betrieb einmal objektiv - nicht nach den Machtbefugnissen, die er sich wünscht, sondern nach denen, die er tatsächlich hat - zu beurteilen. Sollte er ein Schutzbedürfnis feststellen, so werden seine Interessen - wie die der anderen Arbeitnehmer des Betriebes auch - durch den Betriebsrat als kollektives Vertretungsorgan wahrgenommen. Auf das Zustandekommen des Betriebsrates und seine Arbeit kann er durch die Wahrnehmung des aktiven und passiven Wahlrechts Einfluß nehmen.

Die Interessenvertretung der schutzbedürftigen - auch der außertariflichen - Angestellten ist durch das Betriebsverfassungsgesetz gesichert. Wenn das Gesetz nicht alle schutzbedürftigen Angestellten einbeziehen sollte, müßte die Abgrenzungsbestimmung entsprechend geändert werden. Keinesfalls ist eine neue Vertretungsinstitution erforderlich.

Im Interesse aller Arbeitnehmer liegt eine starke Vertretung - das ist der Betriebsrat. Zwei Vertretungsorgane der Arbeitnehmer bedeuten - das wissen die Arbeitnehmer - Schwächung.

Eine solche Regelung läge weder im Interesse der Arbeitnehmer noch ist sie durch die betrieblichen Verhältnisse erforderlich. Wer sie fordert, läßt die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer außer Acht.

Die Einrichtung von Sprecherausschüssen für Leitende Angestellte wird auch nicht dadurch sinnvoll, daß die CDU sich dafür engagiert oder einzelne Politiker sich dafür aussprechen.

(-/20.11.1978/ks/hgs)

Informationen auf Altpapier müssen nicht alt sein

SPD-Vorstand als Vorreiter für die Verwendung von Recycling-Papier

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Mitglied der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß der SPD-Parteivorstand sich entschlossen hat, sämtliche Informationsdienste künftig auf "umweltfreundlichem" Papier erscheinen zu lassen. Die ebenso schlichte wie überzeugende Fußnote dazu lautet: "Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen: Recycling-Papier". Damit hat der Parteivorstand gezeigt, daß die SPD nicht nur über Schonung unserer Ressourcen redet, sondern daß sie auch danach handelt.

Aus Altpapier hergestelltes Recycling-Papier spart auf dreifachem Wege Rohstoffe ein:

1/ Der Holzverbrauch wird reduziert.

2/ Der Energieverbrauch bei der Herstellung von Recycling-Papier aus Altpapier ist um 70 Prozent niedriger als bei der üblichen Papierherstellung.

3/ Bei der Verarbeitung von Altpapier fallen kaum Abwässer und kein Klärschlamm an. Frischwasser wird nur in einer weitaus geringeren Menge benötigt (1/25) als bei der Verarbeitung von Holz.

Die Bundesrepublik liegt mit der Recycling-Quote bei Altpapier an der Spitze in der Welt. Dies ist ein beträchtlicher Erfolg und ein Schritt in die richtige Richtung: Weg von der Verschwendungsgeellschaft und hin zu einem überlegten, behutsamen Haushalten mit den Gütern der Natur.

Mit seiner Maßnahme entspricht der SPD-Parteivorstand einem Appell des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, der im Frühjahr dieses Jahres in einer Resolution Behörden, Parlamente, Parteien und Pressedienste zur umfangreicheren Verwendung von Recycling-Papier aufgefordert hat. Bis heute wird das Recycling-Papier jedoch nur bei den Veröffentlichungen des Bundesministers des Innern konsequent verwendet. Alle übrigen Ministerien einschließlich der Dienststellen des Bundestages sind diesem Beispiel bis jetzt nicht gefolgt.

Die Verwendung von Altpapier kann in einer gewissen Parallele zum Energiesparen gesehen werden: Nur wenn der Anstoß von dort kommt, wo am meisten Papier verbraucht (und für den Papierkorb produziert!) wird, läßt sich der Bürger dazu bewegen, auch seinerseits mit dem Einsparen zu beginnen, d.h. Mitteilungen auf Recycling-Papier als ebenso interessant entgegenzunehmen wie auf blütenweißem Neupapier. Die Qualitätsanforderungen bei Papierprodukten sollten daher überprüft und, wo nötig, verringert werden, damit ein möglichst hoher Prozentsatz von Recycling-Papier in den Handel gebracht werden kann.

(-/20.11.1978/vo-he/hgs)

+

+

+